

**Statement bei der Pressekonferenz der GEW am 17. Mai 2006
zum Thema „Allen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen“**

Meine Damen und Herren,

besichtigt man die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP vom 4. Mai 2006 bezüglich ihrer Aussagen zur beruflichen Bildung, so findet man drei Aussagen:

1. Unter der Überschrift „Erneuerung des Ausbildungsbündnisses“ lobt sich die Landesregierung und stellt fest, dass sich das vor drei Jahren zwischen Regierung und Wirtschaftsorganisationen im Land geschlossene Ausbildungsbündnis bewährt habe. Deshalb soll es verlängert werden.
2. Die Landesregierung strebt eine bessere Verzahnung beruflicher Vollzeitschulen mit der dualen Ausbildung an mit dem Ziel, jungen Menschen einen früheren Eintritt in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Konkretere Aussagen dazu gibt es allerdings nicht.
3. CDU und FDP wollen den Übergang von der Schule in den Beruf erleichtern – und zwar insbesondere für leistungsschwächere junge Menschen. Dazu soll das bestehende Berufsvorbereitungsjahr strukturell und inhaltlich weiterentwickelt und ein Berufseinstiegsjahr eingeführt werden, das den Jugendlichen in einem bestimmten Berufsfeld eine Teilqualifikation und eine vertiefte Berufsvorbereitung ermöglicht.

Angesichts der prekären Situation im Bereich der beruflichen Bildung erscheinen mir diese Absichtserklärungen mehr als dürftig. Mit einem einfachen „Weiter so“ ist den Jugendlichen in Baden-Württemberg die – teilweise seit Jahren – auf einen Ausbildungsplatz warten, nicht geholfen.

Tatsache ist, dass die Zahl der Ausbildungsplätze im allmählich zu Ende gehenden Ausbildungsjahr 2005/2006 in Baden-Württemberg um 4 Prozent zurückgegangen ist.

Tatsache ist auch, dass wir nach wie vor eine „Versorgungslücke“ von etwa 2.500 Ausbildungsplätzen haben.

Rechnet man hinzu, dass viele Schulabgängerinnen und Schulabgänger in beruflichen Vollzeitschulen untergekommen sind, so gehen wir davon aus, dass in Baden-Württemberg insgesamt rund 30.000 Jugendliche derzeit ohne Ausbildungsplatz im dualen System sind.

Landesregierung und die Organisationen der Wirtschaft sowie die Arbeitgeberverbände müssen sich deshalb schon mehr einfallen lassen, als eine bloße Fortführung des nach unserer Auffassung gescheiterten Ausbildungspaktes – und zwar sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene.

Die GEW fordert angesichts der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt eine offensive Umsetzung der Möglichkeiten des seit 1. April 2005 geltenden novellierten Berufsbildungsgesetzes.

Dieses sieht vor, dass dann, wenn das duale Ausbildungssystem nicht in der Lage ist, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, auch vollzeitschulische berufsqualifizierende Ausbildungsgänge an den beruflichen Schulen eingerichtet werden können. Nur so kann es gelingen, dass die bestehenden Vollzeitschulen – vom BVJ über die Berufsfachschulen bis hin zu den Berufskollegs – nicht mehr nur „Warteschleifen“ sind, sondern den Einstieg der Jugendlichen in den Beruf tatsächlich ermöglichen, bzw. erleichtern.

Die Umsetzung der Möglichkeiten des Berufsbildungsgesetzes scheidet derzeit vor allen Dingen noch an der zögerlichen Haltung der Kammern, der Wirtschaftsverbände, teilweise aber auch der Gewerkschaften, die krampfhaft am dualen System festhalten, obwohl dieses nicht mehr in der Lage ist, allen Jugendlichen eine berufliche Qualifizierung zu ermöglichen.

Die GEW Baden-Württemberg führt deshalb heute – gemeinsam mit der Bundes-GEW – in Stuttgart ein Expertengespräch durch, bei dem wir – gemeinsam mit allen Akteuren – Möglichkeiten diskutieren wollen, wie wir in der Frage der besseren Verzahnung von beruflichen und Vollzeitschulen mit der dualen Ausbildung einen Schritt weiterkommen.

Teilnehmen werden: Vertreterinnen und Vertreter von Schulen, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, des Kultusministeriums, des Bundesinstituts für berufliche Bildung und die Gewerkschaften. Wir haben also alle regionalen Akteure an einem Tisch und hoffen, dass wir – im Interesse der Jugendlichen – einen Schritt weiterkommen.

Teilnehmen wird auch das Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GEW, Dr. Stephanie Odenwald, die jetzt den Blick über den baden-württembergischen Tellerrand auf die Situation in der gesamten Bundesrepublik richten wird und die Chancen zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes für Baden-Württemberg aufzeigen wird.